

Antrag

der Abgeordneten Dr. Karl Addicks, Hellmut Königshaus, Dr. Christel Happach-Kasan, Rainer Brüderle, Angelika Brunkhorst, Ernst Burgbacher, Patrick Döring, Mechthild Dyckmans, Jörg van Essen, Ulrike Flach, Otto Fricke, Paul K. Friedhoff, Horst Friedrich (Bayreuth), Dr. Edmund Peter Geisen, Hans-Michael Goldmann, Miriam Gruß, Joachim Günther (Plauen), Heinz-Peter Haustein, Birgit Homburger, Dr. Werner Hoyer, Dr. Heinrich L. Kolb, Gudrun Kopp, Jürgen Koppelin, Heinz Lanfermann, Sibylle Laurischk, Harald Leibrecht, Ina Lenke, Michael Link (Heilbronn), Markus Löning, Horst Meierhofer, Patrick Meinhardt, Jan Mücke, Burkhardt Müller-Sönksen, Dirk Niebel, Hans-Joachim Otto (Frankfurt), Cornelia Pieper, Gisela Piltz, Jörg Rohde, Frank Schäffler, Marina Schuster, Carl-Ludwig Thiele, Florian Toncar, Christoph Waitz, Dr. Claudia Winterstein, Dr. Volker Wissing, Hartfrid Wolff (Rems-Murr), Martin Zeil, Dr. Guido Westerwelle und der Fraktion der FDP

Glaubwürdigkeit von G8 nicht verspielen – Maßnahmen zur Bekämpfung der Nahrungsmittelkrise auf dem Gipfeltreffen in Hokkaido beschließen

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Das G8-Gipfeltreffen von Heiligendamm liegt ein Jahr zurück. Damals gab es große Versprechungen und Hilfszusagen der Bundesregierung und der anderen G8-Staaten an die afrikanische Bevölkerung. Im Schlußkommuniqué vom Juli 2007 haben sich die G8-Staaten auf die Förderung von Wirtschaft, Investitionen, guter Regierungsführung und die Verbesserung der Gesundheitssysteme, insbesondere die Bekämpfung von HIV/Aids, Malaria, Tuberkulose und anderer Tropenkrankheiten, geeinigt. Vor dem anstehenden G8-Gipfeltreffen in Hokkaido vom 7. bis 9. Juli 2008 ist eine ehrliche Bilanz des Heiligendammprozesses ebenso geboten wie ein Ausblick auf die anstehenden Fragen in Japan. Die G8-Staaten müssen sich vor dem Gipfeltreffen mit diesen Fragen auseinandersetzen, um mit konkreten Maßnahmen aus dem Treffen gehen zu können. Nichts schadet der Glaubwürdigkeit und dem Ansehen der G8 mehr als nicht eingehaltene Versprechen.

Der Rückblick auf die Versprechungen der G8-Staaten und die umgesetzten Verpflichtungen lassen den Schluss zu, dass den Worten nicht entsprechende Taten folgten. Nach dem jüngsten Bericht des Afrika Progress Panels – ein von Kofi Annan geleitetes Gremium, welches die Einhaltung der auf den Gipfeln gemachten Zusagen überwacht – kommen die Industrienationen ihren finanziellen Zusagen für Afrika nicht nach. Die finanziellen Versprechungen von G8-Staaten, die Hilfen für Afrika bis 2010 zu verdoppeln, sind nach gegenwärtigem Stand um 40 Mrd. US-Dollar unterschritten. Die Zahl der im Rahmen von G8-

Staaten initiierten Projekte und Kampagnen (Debt2Health, International Health Partnership) zur Verbesserung des Gesundheitswesens, insbesondere in Subsahara Afrika, schaffen einerseits neue Möglichkeiten, drohen aber andererseits angesichts einer jeweils eigenen Finanzierung und eigener Mandate an Effizienz einzubüßen. Dies läuft dem übergeordneten Ziel der Harmonisierung der Entwicklungszusammenarbeit entgegen und bewirkt eine weitere Zersplitterung und Intransparenz im Gesundheitsbereich. Die zahlreichen nationalen und internationalen Initiativen im Gesundheitsbereich zur Bekämpfung von HIV/Aids, Malaria und Tuberkulose sowie zur Bekämpfung von Mangelernährung müssen kohärent gestaltet und koordiniert werden.

In Heiligendamm setzte sich die Bundesregierung mit den anderen Staaten für die Aufwertung von „Wirtschaftswachstum und Investitionen“ in den afrikanischen Staaten ein. Dabei unterstrichen die G8-Staaten in ihrer Abschlusserklärung die Notwendigkeit der Steigerung von privaten Investitionen, zum Beispiel durch die besondere Förderung des Unternehmertums und Investitionen in Private Public Partnerships (PPP-Projekte). Tatsächlich umgesetzt hat die Bundesregierung diese Priorisierung allerdings nicht. Im Haushalt von 2008 wurde der Bereich der Förderung des Privatsektors nur geringfügig erhöht. Angesichts der Entwicklungspotentiale im Bereich der privaten Investitionen bleibt die Bundesregierung hinter ihren eigenen Zusagen zurück.

Während das Thema „Ländliche Entwicklung“ auf dem G8-Gipfeltreffen in Heiligendamm lediglich am Rande erwähnt wurde, wird es angesichts der aktuellen Ernährungskrise, die insbesondere die Entwicklungs- und Schwellenländer betrifft, ein Schwerpunkt auf dem G8-Gipfeltreffen in Japan sein. Die Bundesregierung hat wie die gesamte internationale Gemeinschaft die ländliche Entwicklung sträflich vernachlässigt und die Signale für ein frühzeitiges Gegensteuern übersehen. Seit den achtziger Jahren hat die internationale Gemeinschaft die Förderung der ländlichen Entwicklung kontinuierlich verringert. Die Bundesregierung hat seit 1998 ihre Beiträge zur Ernährungssicherung und ländlichen Entwicklung um 100 Mio. Euro gekürzt. Auch die Nehmerländer sind in dem Bereich ihren Verpflichtungen nicht nachgekommen. So haben sich die afrikanischen Staaten im Jahr 2003 dazu verpflichtet, 10 Prozent ihrer nationalen Haushalte für die Landwirtschaft ihres Landes einzusetzen. Derzeit werden nur wenige afrikanische Staaten dieses Ziel erreichen. Die Mehrheit der Länder geben lediglich 4 Prozent für den Bereich Landwirtschaft aus. Die ländliche Entwicklung trägt aber maßgeblich zur Entwicklung eines Landes bei. Der Weltbankbericht aus dem Jahr 2008 „Agriculture for Development“ unterstreicht, dass Investitionen in ländliche Entwicklung einen viermal größeren Entwicklungseffekt erzielen als Investitionen in andere Bereiche.

Erforderlich ist, dass auf dem G8-Gipfeltreffen in Hokkaido Maßnahmen beschlossen werden, die die Förderung von Landwirtschaft und Ernährungssicherheit in den Mittelpunkt stellen. Denn infolge der rasant gestiegenen Lebensmittelpreise in den letzten Monaten droht ein dramatischer Anstieg der an Hunger leidenden Menschen und damit ein Zunichtemachen der Erfolge der vergangenen Jahre. Schätzungen gehen davon aus, dass die Zahl von gegenwärtig 850 Millionen Hungernden allein bis Ende des Jahres auf 900 Millionen ansteigen wird. Das Ziel der Halbierung der Armut bis 2015 ist in weite Ferne gerückt. Während die Preise für Grundnahrungsmittel jahrelang relativ stabil gewesen sind, stiegen die Preise für Weizen, Reis, Mais und Soja in den vergangenen drei Jahren dramatisch an, vor zwei Monaten explodierten sie regelrecht. Innerhalb eines Jahres verdoppelten sich die Lebensmittelpreise. So stieg der Preis von Weizen sogar um 120 Prozent, der von Reis – das wichtigste Grundnahrungsmittel für vier Milliarden Menschen in Afrika und Asien – sogar um 75 Prozent allein in den vergangenen zwei Monaten. Die hungerbedingten Unruhen stellen zudem eine zusätzliche Gefahr für Leben, Frieden und Stabilität in den Entwick-

lungsländern dar. In über zehn Ländern ist es weltweit bereits zu Protesten mit hunderten Toten gekommen.

Auf der Suche nach den Ursachen für diese massiven Preissteigerungen werden verschiedene Faktoren aufgeführt und je nach Interessenlage unterschiedlich gewichtet. Einerseits verringerten klimabedingte Ernteausfälle durch Dürre und Überflutungen das Angebot, während andererseits Bevölkerungswachstum, der erhöhte Nahrungsmittelbedarf von Entwicklungs- und Schwellenländern, verbunden mit einem höheren Fleischverzehr vor allem in Ländern wie China und Indien sowie energetisch genutzte Biomasse die Nachfrage stetig erhöhen. Erschwerend tritt der gestiegene Ölpreis hinzu, der die Kosten der landwirtschaftlichen Erzeugung über den Einsatz von Düngemitteln, Bewässerung und Transport steigen lässt. Strukturelle Ursachen sind eine über viele Jahre verfehlte Agrar- und Entwicklungspolitik, deren Korrekturen Europa insbesondere durch die letzten Agrarreformen eingeleitet hat, und die instabilen politischen Rahmenbedingungen in Entwicklungsländern. Spekulationen bei Termin- und Warengeschäften sowie die gegenwärtige Reaktion vieler Länder, mit Exportstopps oder Exportabgaben für landwirtschaftliche Produkte zum vermeintlichen Schutz nationaler Interessen verschärfen die gegenwärtige Lage zusätzlich.

Bereits heute ist klar, dass es sich bei den steigenden Lebensmittelpreisen und den damit verbundenen Auswirkungen nicht um ein vorübergehendes Phänomen, sondern um eine grundlegende Entwicklung handelt, die es gilt, langfristig anzugehen. Erforderlich sind jetzt Sofortmaßnahmen, um Hunger bedingte Katastrophen einzudämmen, vor allem aber mittel- und langfristige Maßnahmen, um die landwirtschaftliche Produktion zu steigern. Die gestiegenen Weltmarktpreise für Grundnahrungsmittel bieten dafür die Gelegenheit, um durch höhere Erzeugerpreise den landwirtschaftlichen Anbau lukrativer zu machen und von der Subsistenzwirtschaft loszukommen. Eine leistungsfähige, effiziente und innovative Landwirtschaft in den entwickelten und weniger entwickelten Ländern ist der entscheidende Schlüssel zur Bekämpfung des weltweiten Hungers. Nur über effiziente landwirtschaftliche Produktionsverfahren, leistungsfähige Agrarforschung auf nationaler und internationale Ebene und intakte und wirtschaftsstarke ländliche Räume lassen sich Hunger und Armut langfristig bekämpfen. Ein erfolgreicher Abschluss der laufenden Welthandelsrunde (WTO) und der Wirtschaftspartnerschaftsabkommen sind vor allem für die Hungernden in den Entwicklungsländern von zentraler Bedeutung und für die europäische Landwirtschaft eine unternehmerische Chance. Schließlich muss die Erzeugung von Biokraftstoffen und Biomasse nachhaltig erfolgen, und der Lebensmittelproduktion ist Vorrang vor der energetischen Nutzung von Biomasse einzuräumen.

Am 21. April 2008 stellte Bundesministerin Heidemarie Wieczorek-Zeul das 9-Punkte-Programm des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) zu den steigenden Nahrungsmittelpreisen und ihre entwicklungspolitischen Auswirkungen vor. Das Bundeskanzleramt legte etwa zwei Monate später, am 18. Juni 2008, seinen Bericht „Globale Ernährungssicherung durch nachhaltige Entwicklung und Agrarwirtschaft“ vor. Dazwischen fand ab 3. Juni 2008 der dreitägige Welternährungsgipfel der UNO-Ernährungsorganisation FAO (Food and Agricultural Organisation) in Rom statt. Dabei sollte der Aktionsplan, den die von UN-Generalsekretär Ban Ki Moon eingesetzte Task-Force vorlegte, beschlossen werden. Inhalt des Aktionsplans waren konkrete Maßnahmen. Die Staats- und Regierungsvertreter konnten sich nicht auf die konkreten Maßnahmen des Aktionsplans einigen und beschlossen stattdessen eine Schlussklärung mit sehr vagem Inhalt ohne verbindliche Verpflichtungen. Auf dem vom 7. bis 9. Juli 2008 stattfindenden G8-Gipfeltreffen in Hokkaido, welches sich neben den Themen Umwelt und Klimawandel sowie Entwicklung und Afrika auch mit dem Thema der Nahrungsmittelpreise befassen wird, haben die G8-Staaten jetzt die Chance, klare Maßnahmen zu beschließen. Um nachhaltig die globale Ernährung zu sichern, bedarf es abgestimmter

über den Agrarsektor und der Armutsbekämpfung hinausgehender Konzepte auch für die Bereiche der Umwelt-, Klima- und Wirtschaftspolitik. Aufgabe der Bundesregierung ist es, ihr Gewicht bei den Verhandlungen in Japan einzusetzen, um ein gemeinsames Vorgehen der G8-Staaten zu erreichen. Alle jetzt seitens der Bundesregierung beschlossenen Programme und Maßnahmen zur Verbesserung der globalen Nahrungsmittelversorgung sind nicht nachhaltig, wenn sie nicht kohärent abgestimmt und verfolgt werden, sowohl auf nationaler Ebene zwischen den deutschen Ministerien als auch auf europäischer und internationaler Ebene.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung deshalb auf,

- den Heiligendammprozess fortzusetzen und konkrete Umsetzungsstrategien und Zeitpläne für die gemachten Zusagen vorzulegen;
- sich auf dem G8-Gipfel für mehr Transparenz im Hinblick auf die Umsetzung der abgegebenen Verpflichtungen einzusetzen;
- Strategien und Konzepte zur Förderung des Bereichs „Wirtschaftswachstum und Investitionen“ vorzulegen, deren Maßnahmen entsprechend Eingang in den Haushalt 2009 finden;
- politische Unterstützung von Initiativen zur Schaffung von Anreizen für Investitionen von Klein- und Mittelunternehmen in Afrika zu leisten, um eine Stärkung des Privatsektors in Afrika zu bewirken;
- unbürokratische und effektive Soforthilfe für die notleidenden Menschen in den Entwicklungsländer zu gewähren;
- den G8-Gipfel von Hokkaido zu nutzen, um einerseits kohärente Sofortmaßnahmen und andererseits mittel- und langfristige Maßnahmen zur Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion und Ernährungssicherheit zu beschließen, dazu gehört die Förderung einer effizienten, innovativen und unternehmerischen Land- und Ernährungswirtschaft;
- ein Konzept zur Umsetzung einer „Grünen Revolution auf dem Acker“ vorzulegen, welches die Züchtung standortangepasster und ertragreicher Sorten, die Entwicklung effizienter landwirtschaftlicher Produktionsverfahren, eine Verbesserung der Ausbildung der Landwirte und eine leistungsfähige Agrarforschung auf nationaler und internationaler Ebene beinhaltet, um so intakte und wirtschaftsstarke ländliche Räume zu entwickeln;
- die nationalen Züchtungsanstrengungen zur Entwicklung dürreresistenter Sorten für den Anbau in trockenheitsgefährdeten Gebieten zu erhöhen und internationale Kooperationen auf diesem Gebiet zu initiieren;
- sich auf internationaler Ebene gemeinsam mit den übrigen G8-Staaten dafür einzusetzen, dass die ländliche Entwicklung zu einem Schwerpunkt der internationalen Entwicklungszusammenarbeit wird;
- sich auf dem G8-Gipfeltreffen für den Abschluss der Doha-Handelsrunde einzusetzen und bis 2013 den vollständigen Abbau der Agrarexportsubventionen durchzusetzen.

Berlin, den 25. Juni 2008

Dr. Guido Westerwelle und Fraktion